



N i e d e r s c h r i f t

über die 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 14.06.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:42 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Kurutlu

CDU

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB

B 90 / DIE GRÜNEN

Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Herr Stadtverordneter Labetzke

BIW

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB fehlte entschuldigt

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder fehlte entschuldigt

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

parteilos

Herr Stadtverordneter Niedermeier

Ferner anwesend:

Herr Gehrke	Nordsee-Zeitung
Herr Gündogdu	RAM
Herr Jongeling	Feuerwehr
Herr Kieck	GPR
Herr Klitsch	Taxi Lloyd
Frau Laue	OPB
Herr Scheer	OPB
Frau Schwandt	Feuerwehr

Herr Seedorf	OPB
Herr Siebert	OPB
Herr Tiedemann	OPB
Frau Volke	Rechnungsprüfungsamt
Herr Wall	PR OPB
Herr Dreimann	PR Feuerwehr

Schriftführung

Frau Berndt	OPB
Frau Mahlstedt	Feuerwehr

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:	Herr Ortgies
Bürger- und Ordnungsamt:	Herr Herbrig
Feuerwehr:	Herr Cordes

Herr Grantz eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 13. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 08.03.2022 **I 38/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift mit einer Enthaltung in der vorgelegten Fassung.

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV **I 41/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Bereich Feuerwehr

4.1. Vortrag von Olaf Jongeling zur Orkanlage "Ylenia" und "Zeynep" sowie zum Schiffsbrand "Lascombes"

Herr Jongeling stellt die Einsätze gemäß beigefügter Präsentation vor.

Herr Grantz erläutert, dass beim Schiffsbrand Kosten von ca. 650.000 € entstanden sind. Über den Hafenvertrag sind keine gesonderten Zahlungen zu erhalten, was auch die korrekte Auslegung für diesen Einsatz ist. In der Prüfung befindet sich derzeit, ob noch etwas über das Havariekommando abgerechnet werden kann.

Da sich das kontaminierte Löschwasser noch im Schiff befindet, konnte eine endgültige Brandursache bislang noch nicht festgestellt werden. In der nächsten Ausschusssitzung wird nochmals über die Kostenentwicklung dieses Falls berichtet werden.

Herr Jürgewitz bittet um Aufklärung, warum die Finanzierung über die Gemeinde getätigt werden muss, obwohl der Brand auf stadtbremischem Gebiet passiert ist.

Herr Cordes erklärt, dass es einen Hafenvertrag gibt. Darüber erhält Bremerhaven einen Pauschalbetrag für die Wahrnehmung der Feuerwehrdienste innerhalb dieses Hafengebietes. Herr Jürgewitz fragt, ob das mehr als 650.000 € sind. Herr Cordes erklärt, dass es sich um ca. 4 Mio. € handelt.

Herr Jürgewitz möchte wissen, ob das Schiff für Brandfälle u. ä. versichert ist.

Herr Cordes antwortet, dass sich die Versicherungspflicht über die sog. Gefährdungshaftung ergibt. Ein Auto muss versichert werden, weil nach den Brandschutzgesetzen die Brandbekämpfung bei Gefährdungshaftung nicht kostenlos ist. Im Land Bremen ist im Gegensatz dazu die Schiffsbrandbekämpfung ähnlich wie auch die Bekämpfung von Feuern von Luftfahrzeugen keine Gefährdungshaftung und damit kostenfrei. Es ist also letztlich keine Fragestellung die aus dem Versicherungswesen kommt, sondern die Fragestellung unseres Landesgesetzes, also in dem Fall unseres Bremischen Hilfeleistungsgesetzes, welche Einsätze kostenpflichtig sind und welche nicht. Und demnach sind Schiffsbrandbekämpfungseinsätze, genauso wie auch Einsätze bei Bahn oder Flugfahrzeugen erstmal kostenfrei. Es sei denn, es ergeben sich aufgrund von Ermittlungsergebnissen Fehler, z. B. Fahrlässigkeit, Vorsätzlichkeit, falsche Beladung.

Herr Kaminiarz fragt, ob die Feuerwehr bei Sturm die Organisation ist, die die Leitstelle auch für die umliegenden Landkreise verstärkt.

Herr Jongeling und ergänzend Herr Cordes erläutern, dass die rückwärtige Koordination aus den Stäben heraus die jeweilige eigene Aufgabe der Gebietskörperschaften ist. In Bremerhaven wurde entsprechend ein Stab außergewöhnliche Ereignisse für das Stadtgebiet Bremerhaven eingerichtet. Die Notrufe gehen allerdings immer bei der Leitstelle ein. Dort legt der Leitstellendisponent den Einsatz ab und übergibt ihn an die Stäbe. Diese disponieren dann die Einsatzmittel. Dadurch wird die Leitstelle entlastet. Dennoch ist das Anruferaufkommen immens hoch. Es sind insgesamt über 2.600 Einsätze während der gesamten Sturmzeit durch die IRLS nacherfasst worden. Daran sieht man diese Größenordnung, die letztendlich auch an Notrufen und Einsätzen in allen drei Landkreisen gekommen sind. Das ist bei uns ja nur ein kleiner Teil davon. Die Leitstelle ist teilweise von 5-7 Mann im Schwerpunkt bis zu 17 Mann hochgefahren worden.

Herr Grantz sagt, dass diese Ereignisse die Feuerwehr schon herausgefordert haben. Nicht überlastet aber herausgefordert haben. Er ist froh, dass bei allen drei Ereignissen, die von Herrn Jongeling geschildert wurden, niemand verletzt wurde und das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren hier sehr geholfen hat. Das gleiche gilt auch für die einzelnen sonstigen Verbände, die geholfen und unterstützt haben.

Herr Kaminiarz fragt, ob es bei Sturmwarnungen spezielle Anbieter gibt, die genau sehen können, wo der Sturm langzieht? Herr Jongeling antwortet, dass mit dem Deutschen Wetterdienst hierzu ein spezieller Vertrag besteht.

Herr Kaminiarz hat noch zwei Fragen zu den Einsatzmitteln. Zum einen bezüglich des Cobra-Systems. Er meint, dass es ziemlich ungewöhnlich ist, dass Brunsbüttel in Bremerhaven aushilft. Lohnt es sich auch für Bremerhaven so ein System anzuschaffen? Zum anderen möchte er aufgrund der geschilderten Schwierigkeiten mit den Schleppern wissen, ob es sich für die Feuerwehr lohnt, analog zu Bremen, eine schwimmende Einheit anzuschaffen.

Herr Grantz antwortet, dass Bremerhaven nicht ohne wasserseitige Löschfahrzeuge ist. Es gibt Verträge mit Dritten, auf die zurückgegriffen werden kann, sei es die Nordergründe oder auch Schlepper, die so ausgerüstet sind, dass sie auch löschen können.

Herr Cordes ergänzt, dass sich in Bremen gerade eine Neukonzeption bezüglich dieses gemeinsamen Schiffes Polizei/Feuerwehr ergibt. Dieses Schiff wird wahrscheinlich nicht weiterverwendet werden können, weil auch dort die Erfahrung bezüglich der Instandhaltung, der Besetzung mit nautischem Personal etc. dazu führt, dass man zu ähnlichen Lösungen wie Bremerhaven kommt. Zu den Cobra-Löschsystemen, diese werden derzeit vorgehalten bei ausgewählten Schiffsbrandbekämpfungseinheiten. Brunsbüttel ist einer der ausgewählten Standorte, das Einsatzmittel wird über das Havariekommando finanziert.

Es wird derzeit in Bremerhaven geprüft, ob eine Beschaffung im Hinblick auf den hohen Ausbildungs- und Unterhaltungsaufwand lohnt oder ob es doch sinnvoller ist, auf die verlässlichen Partner Cuxhaven und Brunsbüttel zurückzugreifen.

Herr Freemann fragt zu den Stäben, ob es nicht sinnvoll ist, jemanden aus den Umlandgemeinden hinzuzuziehen.

Herr Cordes erwidert, dass so etwas anlassbezogen gemacht wird. Es wird zwischen den Gefahrenabwehrorganisationen geschaut, ob es sinnvoll ist, Verbindungspersonal zu stellen. Bei solch einer mehrtätigen Lage gehen alle Bereiche und alle Stäbe aber ziemlich in den Personalmangelbereich hinein und da muss man schauen, ob es entsprechende Vorteile gibt. In diesem Fall hat Herr Cordes den Verbindungsmann zu dem Kreisbrandmeister aus dem Landkreis Cuxhaven gestellt, um da den engen Abgleich zu haben. Das ist ein Standardprozess bei Gefahrenabwehrsituationen.

Herr Freemann fragt, welche Erfahrungen es bezüglich der Durchhaltefähigkeit, Sturm über drei Tage und Schiffsbrand über elf Tage, gibt.

Herr Cordes antwortet, dass die Feuerwehr, wie von Herrn Jongeling kurz dargestellt und von Herrn Grantz bestätigt wurde, an die personellen Grenzen gekommen ist.

Herr Raschen erinnert an die Artikel in der Nordsee-Zeitung im November/Dezember 2021 mit der Überschrift „Schlepperkrieg“. Herr Raschen verweist auf die Beschlusslage im Hafenausschuss, hierzu noch eine Anhörung durchzuführen. Hintergrund sind Vorwürfe, dass sich einige Reedereien „Rosinen“ rauspicken. Hierzu stellt er die Frage, ob dies auch im Rahmen des Einsatzes festgestellt worden ist.

Herr Cordes entgegnet, dass vor Ort die Probleme sehr gut über den Hafenkapitän geregelt werden konnten. Im Nachgang wird jedoch über das Hafenressort mit den Vertragspartnern der Einsatz noch zu besprechen sein. Die Zusammenarbeit mit Dritten verlief positiv.

Herr Niedermeyer fragt, ob bei dem Schiffsbrand giftige Dämpfe entstanden sind. Darauf erklärt Herr Jongeling, dass in der Nacht des Feuerausbruchs die Windrichtung nach Nordenham war. Die für den Brandschutz zuständige Oldenburger Zentrale wurde angerufen und gewarnt. Außer einer Geruchsbelästigung wurde durch deren Messtrupps aber nichts gemessen.

Im weiteren Verlauf kam es zwar zu einem Durchzünden durch die Luken, aber der Herd war innen und ist sehr sauber verbrannt. Dort entstand keine starke Rauchentwicklung.

Herr Niedermeyer meint zur Haftungsfrage (Gefährdungshaftung) dass geschaut werden muss, ob man diesbezüglich noch im Gesetz nachsteuern kann.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

4.2. Sachstandsbericht Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

I 30/2022

Herr Grantz erklärt, dass es nach den bisherigen Planungen im Herbst zu einer Grundsteinlegung kommen dürfte.

Um weitere laufende Berichterstattung der Baukostenentwicklung wird von Herrn Kaminiarz gebeten.

Herr Labetzke fragt, ob es aufgrund der enormen Kostensteigerungen einen Punkt gibt, an dem die Stadt den Bau nicht mehr finanzieren kann. Herr Grantz antwortet, dass den entsprechenden Ausschüssen Kostensteigerungen immer zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Raschen ist der Meinung, dass man der Freiwilligen Feuerwehr damit keinen Dienst erweist, wenn man den Neubau jetzt in Zweifel zieht. Die CDU-Fraktion hat in der letzten Woche den Freiwilligen Feuerwehren einen Besuch abgestattet und es wurde festgestellt, dass in Wulsdorf dringend etwas passieren muss. 21,3 Mio. € sind erstmal für die Projekte verplant, die von

Seestadt Immobilien angemeldet wurden. Es soll aber auch geprüft werden, ob noch andere Töpfe angezapft werden können. Herr Raschen sieht da keine Probleme. Es sollte nicht das Signal ausgesendet werden, dass die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf ihr Gebäude nicht bekommt.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.3. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen I 33/2022

Herr Grantz teilt mit, dass ein Ausschreibungsverfahren für die Durchführung eines Architektenwettbewerbes und die Vergabe der Bauleitplanung durchgeführt wurde, bisher gibt es keine Bewerber. Es wird in eine zweite Runde gehen müssen, mit erweitertem Bewerberkreis.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

4.4. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst 2022 I 35/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Anerkennung von 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Feuerwehr, Fachbereich 37/4, Sachbereich Kosten und Leistungsrechnung, im Rahmen eines Wissenstransfers I 36/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt einstimmig dem überplanmäßig anerkannten Bedarf für die Feuerwehr Bremerhaven, Fachbereich 37/4, Sachbereich Kosten- und Leistungsrechnung, Vergütungsgruppe EG11 TvÖD oder vergleichbare Beamtenbesoldung, befristet für die Dauer von einem Monat bis zum 30.11.2022 zur Einarbeitung einer Sachbearbeiterin/eines Sachbearbeiters im Rahmen eines Wissenstransfers zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Bereich Katastrophenschutz

6.1. Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen, erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel durch die Ortskatastrophenschutzbehörde (Nachverdichtung städtischen Sirenennetz) I 37/2022

Herr Grantz führt aus, dass das gesamte Sirenenprogramm bis Ende des Jahres umgesetzt werden kann, da zusätzlich die Bremer Bundesmittel mit in Anspruch genommen werden können. Er dankt allen Mitwirkenden für die erfolgreiche Umsetzung. Im Herbst wird mit den Probealarmen begonnen. Auch die Bevölkerung soll dann entsprechend aufgeklärt werden, was die unterschiedlichen Sirensignale bedeuten.

Herr Niedermeyer bedankt sich bei der Feuerwehr, dass zeitnah und termingerecht die Vorlage eingebracht und das Konzept erarbeitet wurde, damit die Mittel aus Bremen abgerufen werden konnten.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Das Dezernat I wird gebeten, das flächendeckende Sirenennetz mit 32 Sirenen und Ansteuerung über den TETRA-BOS-Digitalfunk im Rahmen der verfügbaren Förder- und Haushaltsmittel in 2022 umzusetzen.

Frau Kirschstein-Klingner bittet um konkretere Zeitangaben zu den Detailumsetzungen der vorgestellten Handlungsfelder im nächsten Bericht. Konkret verweist sie auf die Notwendigkeit eines konkreten Zeitrahmens zur erbetenen Fristverlängerung bei der Landeskatastrophenschutzbehörde bezüglich der Vorlage eines überarbeiteten Konzeptes der Ortskatastrophenschutzbehörde, Zeitfenster für Ausbildungsangebote an die Führungskräfte im KatS und Terminierungen für eine Informationskampagne an die Bevölkerung.

Herr Grantz verweist hierzu auf den vorgestellten 5-Jahresplan mit konkretisierten Zeitangaben, der grundsätzlich die verschiedenen Realisierungszeiträume benennt. In der fortlaufenden Berichterstattung werden die konkreten Zwischenschritte dann auch jeweils benannt.

Herr Cordes ergänzt zur Fragestellung Ausbildung, Schulung und Übungen. Eine Übung ist für Oktober geplant und soll in der nächsten Sitzung vorgestellt werden. Im Bereich Ausbildung und Schulung ist eine Grundlagenschulung Stabsarbeit für das 4. Quartal in Planung. Zielgruppe sind die Führungskräfte anderer Dezernate/Ämter, die Zuständigkeiten für Teilkalender im Katastrophenschutz übertragen bekommen. Voraussetzung für die Teilnehmerauswahl ist die Festlegung von Zuständigkeiten für die alten und die noch zu benennenden neuen Teilkalender im Katastrophenschutz. Diese Teilkalender und die geplanten Zuständigkeiten sollen zunächst dezernatsintern abgestimmt und dann im Magistrat beschlossen werden. Der Entwurf der Feuerwehr wird im Juli vorliegen.

Weiterhin erbittet Frau Kirschstein-Klingner Detailinformationen zum Hochwasserschutz, hier zum Sachstand Geestesperrwerk, auch wenn dies nicht Kernthema für den Ausschussbereich ist.

Herr Grantz erläutert, dass das Land Niedersachsen und das Land Bremen planen, ab 2024 dieses Sperrwerk zu bauen. Herr Grantz ist Mitglied einer StaatsräteLenkungsgruppe, die sich mit diesem Sperrwerk seit vielen Jahren auseinandersetzt. Kritisiert hat er immer, dass es nicht schneller vorangeht. Zur oftmals im Zusammenhang mit dem Zeitverzug benannte Rad- und Fußgängerüberquerung erläutert Herr Grantz, dass dies mittlerweile getrennte Verfahren mit getrennten Planfeststellungsbeschlüssen sind.

Frau Kirschstein-Klingner merkt abschließend an, dass die Formulierung unter D Auswirkungen des Beschlussvorschlages irreführend ist, da die Vorlage keine Beschlussvorlage ist und damit auch keine personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

Herr Kaminiarz bedankt sich für die informative Vorlage und begrüßt die eingeleiteten Schritte zum Neubau einer Feuer- und Rettungswache Überseehafen sowie eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf. Er weist darauf hin, dass auf dem Grundstück des Gerätehauses später auch die Feuer- und Rettungswache Süd vorgesehen ist.

Gleichzeitig ist der Vorlage allerdings zu entnehmen, dass die Liegenschaften einiger Hilfsorganisationen veraltet und platzmäßig unzureichend seien. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern Räumlichkeiten der ZFW bei Bezug der neuen Feuer- und Rettungswachen ggfs. für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehen könnten.

Herr Cordes erläutert, dass dies durchaus optional betrachtet wird. Er weist aber auch darauf hin, dass auf der Zentralen Feuerwache ein erheblicher Sanierungsstau besteht und zudem durch Aufgabenerweiterungen u. a. im Bereich Leitstelle und Notfallsanitätäterschule erhebliche Raumknappheiten zu verzeichnen sind. Auf der ursprünglich für ca. 200 Einsatzkräfte geplanten ZFW sind aktuell über 300 Beschäftigte untergebracht.

Herr Freemann hat eine Frage zu den Teilkalendern. Diese befinden sich in der Überarbeitung und sollen teilweise neu aufgestellt werden. Es gibt u. a. das Kapitel Hochwasser im Bereich der Sturmfluten. Es gibt aber Starkregenereignisse, Hitzeperioden und andere Szenarien, die sich hinter dem Deich abspielen. Wird dies bei der Erarbeitung neuer Teilkalender berücksichtigt oder ist dies eher Aufgabe der Stadtplanung?

Herr Grantz erwidert, dass das zweigleisige Aufgaben sind. Wenn man die Stadt zukünftig auf Starkregenereignisse u. a. ausrichten will, dann bedarf es gewisser Umplanungen, also

wesentlich mehr Begrünung von Dächern, ein anderes Kanalisationsnetz, Möglichkeiten zum Aufstauen von Wasser, etc. Wenn man sich unsere Hafengebiete anschaut, da läuft das Wasser bei Starkregenverhältnissen einfach in die Hafengebiete. Aber bezüglich der Hitze muss man schauen, dass man, wenn man z. B. ein Wertquartier neu aufbaut, dieses ganz anders ausgestaltet und solche Ereignisse mitberücksichtigt.

Herr Cordes ergänzt, dass da viele Bereiche ineinander spielen. Natürlich spielen unter Hitzegefahr auch letztendlich Vegetationsbrände und Flächenbrände eine Rolle. Das findet sich dann natürlich im Bereich Rettung und technische Gefahrenabwehr wieder. Andere Städte im Süden schaffen ganz andere Löschfahrzeuge an, dazu wird es bei uns sicherlich nicht kommen. Der Katastrophenschutz kümmert sich an der Stelle darum, wo Menschenleben gefährdet ist oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Das andere ist mehr die planerische Begleitung.

Herr Grantz findet es richtig gut, dass die Politik sich dieses Themas so annimmt und begriffen hat, dass das ein Handlungsfeld ist, mit dem man sich richtig intensiv auseinandersetzen muss.

Auch Herr Labetzke findet es gut, dass Herr Freeman dieses Thema angesprochen hat. Aber er zieht es nach wie vor noch in Zweifel, dass es so etwas in Bremerhaven geben wird. Er meint, dass wir nicht die Flussüberschwemmungen haben, wie beispielsweise im Ahrtal. Allerdings ruft er ein Ereignis von 2014 in Münster kurz in Erinnerung. Dort fielen 300 l Regen innerhalb von 24 Stunden. Das sind Luftlinie 200 km von uns. Eine Veränderung wird kommen, insofern der Appell seiner Fraktion, dass wir uns diesbezüglich bestens aufstellen müssen.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Beim nächsten Ausschuss geht dieser Punkt wieder auf die Tagesordnung.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

8. Bereich Polizei

8.1. Bericht zur Einbruchskriminalität

I 39/2022

Herr Grantz betont, dass die Einbruchskriminalität - wie an den vorgelegten Zahlen abzulesen - wieder deutlich zugenommen hat. Hierzu wurden seitens der Polizei weitere Maßnahmen eingeleitet, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Herr Ortgies erläutert einige dargestellte Zahlen und stellt dar, dass seit April 2022 die Zahlen wieder zurückgehen, was zeigt, dass die eingeleiteten Maßnahmen, die seit Januar/Februar ergriffen wurden, Wirkung erzielen. Durchgeführt wurden Maßnahmen sowohl im repressiven als auch im präventiven Bereich, so beispielsweise in der Verhaltensprävention, der technischen Beratung, wie auch bei Veranstaltungen auf Wochenmärkten.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.2. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamte

I 40/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.3. Beantwortung einer Anfrage des Stadtverordneten Jürgewitz zu Verkehrsverstößen durch Nutzer von "E-Scootern" sowie deren Anteil am Verkehrsunfallgeschehen. I 31/2022

Herr Jürgewitz findet es misslich, dass die geforderte Auswertung der Ordnungswidrigkeiten nicht erfolgen kann.

Herr Ortgies stellt dar, dass die geforderte Auswertung nur mit hohem personellem Aufwand durchgeführt werden kann. Hierzu schlägt er vor, dass Personal vom Dienst auf der Straße abgezogen wird, um eine entsprechende Auswertung vornehmen zu können, was nicht zielführend sein kann.

Herr Raschen betont daraufhin, dass es wichtiger sei, an bestimmten Stellen in Bremerhaven weitere Verkehrskontrollen durchzuführen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.4. Änderung der Taxentarifverordnung I 34/2022

Herr Grantz begrüßt Herrn Gustav Klitsch, Vorsitzender der Fachvereinigung und Geschäftsführer von Taxi Lloyd, der sich in Bezug auf die in der Vorlage genannten Änderungen der Taxentarifverordnung den Fragen der Politik stellen möchte.

Herr Raschen bedankt sich zunächst bei Herrn Klitsch für sein Erscheinen und hält die Vorlage für nachvollziehbar, betont jedoch auch, dass eine Zusage zur Verbesserung der bestehenden Personalprobleme im Bereich der Taxiunternehmen erwartet wird. Auf die Frage, wie die Vorstellung ist, die Probleme perspektivisch in den Griff zu bekommen, entgegnet Herr Klitsch damit, dass Probleme hauptsächlich bei der Nachwuchsschaffung und bei der allgemeinen Personalbeschaffung liegen und diese Probleme kaum händelbar sind. Es wird seitens der Politik kreatives Denken gefordert, um eine Verstärkung des Personals und Steigerung der Verlässlichkeit bei den Bremerhavener Taxiunternehmen zu erzielen.

Die Lizenz-Bestimmungen sollen lt. Herrn Herbrig etwas gelockert werden. Die Entwicklung der Taxi-Lizenzen war in den letzten Jahren stabil.

Evtl. besteht die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, um das Personaldefizit in den Griff zu bekommen. Herr Grantz wird dieses Thema an sich nehmen und Kontakt zum Jobcenter bezüglich einer evtl. Personalgewinnung aufnehmen.

Herr Raschen bittet außerdem darum, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen auf die TO zu setzen, um zu sehen, wie sich dieses Thema entwickelt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Erlass der im Entwurf vorgelegten Änderungsverordnung zur Taxentarifverordnung zu.

8.5. Sachstand veränderte Geschwindigkeitsbeschränkung Tempo 30 km/h "Am Lunedeich" I 32/2022

Herr Jürgewitz fragt nach, wie lange diese Entscheidung erhalten bleiben wird. Herr Grantz betont, dass die Entscheidung bis zur nächsten Wahl Bestand hat.

Herr Freemann erklärt die Beweggründe dieser Entscheidung mit den zurzeit stattfindenden Baumaßnahmen der Fa. Cordes an dieser Straße.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

8.6. Bericht zu Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes I 43/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

9. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

10. Verschiedenes

Herr Herbrig informiert den Ausschuss über darüber, dass die beiden bewilligten Geschwindigkeitsmessanlagen für die Stadt Bremerhaven aufgestellt und installiert wurden.

Herr Kaminiarz bittet den Ausschuss um einen Bericht darüber, wie die Polizei die Ereignisse rund um das Lloydgymnasium abgearbeitet hat. Dieses Thema wird nach Abschluss der Nachbereitung durch die OPB auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung für öffentliche Sicherheit gesetzt. Hierzu wird ein Bericht durch die OPB erfolgen.

Herr Jürgewitz bittet um einen Lagebericht darüber, ob durch die Aufstellung der mittlerweile 7 Geschwindigkeitsmessgeräte eine Verringerung der Verkehrsunfälle im Rahmen Verkehrssicherheit. Herr Herbrig verweist hier auf den Verkehrsunfallbericht der OPB, der sich in der Fertigstellung befindet und bietet darüber hinaus an, eine Statistik über die Veränderung der gemessenen Fahrzeuge erstellen zu lassen und diese dann dem Ausschuss ggf. schon in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Herr Grantz schließt um 17:42 Uhr die Sitzung des öffentlichen Teils.

Vorsitzender

Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

Berndt

Mahlstedt